



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESORGANISATION HAMBURG
ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS WANDSBEK

SPD erneuern !

SPD erneuern !

Hamburg, den 5. Dezember 2017

Statt eines Vorworts:

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der Abwahl der „Großen Koalition“ und damit der herben Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2017 wurde im SPD-Kreis Hamburg-Wandsbek eine Arbeitsgruppe eingesetzt, im Wesentlichen getragen von der Arbeitsgemeinschaft 60plus, mit dem Ziel der Aufarbeitung dieser Niederlage. Zunächst sollten vorliegende

1. Wahlanalysen verschiedener Institute gesichtet und daraus Schlussfolgerungen gezogen werden. Im Laufe der Arbeit der Gruppe wurde jedoch auch versucht,
2. Eine grobe Bilanz der Großen Koalition 2013-2017 zu ziehen und
3. Politische Forderungen für die kommende Legislaturperiode zu formulieren.

Um die Lesbarkeit der Ergebnisse der Arbeitsgruppe zu verbessern, wurden die Ergebnisse verschiedenen Quellen (Wahlforschungsinstitute, SPD-Führungskräfte etc.) jeweils auf einer Seite zusammengefasst. Die politischen Forderungen sind auf 24 Spiegelpunkte reduziert.

Für die Arbeitsgruppe

Michael Seide Dietrich Lemke Klaus Ehlers

Teilnehmer der Arbeitsgruppe:

Uwe Buchholtz, Klaus Ehlers, Oskar Fuhlrott, Holger Hußmann, Jürgen Kanehl, Theodor Karczewski, Dietrich Lemke, Günter Lübcke, Monika Weidel, Traute Noga, Hanne Schrader, Michael Seide, Detlef Umbach

1. Wahlanalysen

In der Arbeitsgruppe wurden die Wahlanalysen der Bertelsmann-Stiftung, der Böll-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie einige Stellungnahmen politischer Funktionsträger u.a. von Olaf Scholz und ein gemeinsames Papier von Markus Schreiber und Tim Stoberock diskutiert.

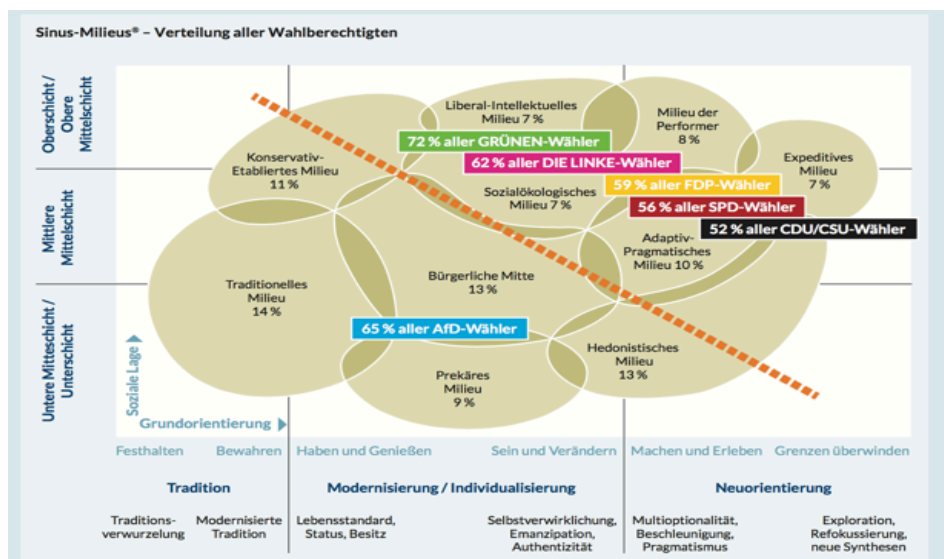
1.1. Bertelsmann-Stiftung

Methodischer Ansatz: Bei dieser Wahlanalyse werden die Wahlergebnisse auf zehn vom SINUS-Institut entwickelten sozialen Milieus projiziert. Diese Milieus stehen für alle Wahlberechtigten und werden in einem Raster aufsteigend nach sozialer Lage und von links nach rechts nach der Grundorientierung von Tradition bis Neuorientierung eingeordnet.

Ergebnisse: Die Studie geht davon aus, dass die Wahlbeteiligung in den einzelnen Milieus ganz erheblich differiert und verweist in diesem Zusammenhang auf die Stimmbezirke mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung, nämlich 92,1% und 45,2%. Der Wiederanstieg der Wahlbeteiligung um insgesamt 4,6% auf nunmehr 76,2% wird auf die Mobilisierung der sozial schwächeren Milieus zurückgeführt und als AfD-Effekt bezeichnet. Ein solcher Effekt sei zuletzt der SPD 1998 gelungen, als Schröder-Lafontaine-Effekt bezeichnet.

In den einzelnen Milieus haben die Parteien - gegenüber 2013 - wie folgt abgeschnitten:

	CDU/CSU	SPD	FDP	AfD	Grüne	Linke
Konservativ-Etabl.	11% 44 (-11)	20(-3)	12(+7)	10(+6)	6(-1)	5(+1)
Liberal-Intellekt.:	7% 31 (-9)	22(-7)	17(+11)	7(+3)	10(+0)	9(+4)
Performer.: ¹	8% 38 (-6)	21(-7)	14(+9)	9(+5)	9(+1)	6(+0)
Expeditive.:	7% 25 (-8)	21(-6)	11(+6)	6(+2)	20(+4)	11(+2)
Bürgerl. Mitte.:	13% 37 (-15)	18(-3)	11(+5)	20(+15)	3(+0)	6(-2)
Adapt.-Pragma.:	10% 37 (-3)	23(-7)	9(+6)	9(+5)	7(+1)	10(+0)
Sozial-ökol.:	7% 23 (-6)	21(-7)	9(+4)	9(+5)	17(+1)	14(+2)
Traditionelle.:	14% 36 (-10)	21(-5)	9(+4)	16(+11)	6(+0)	6(-1)
Prekäres M.:	9% 21 (-4)	18(-7)	7(+4)	28(+18)	4(-2)	14(-6)
Hedonisten.:	13% 26 (-5)	21(-5)	7(+4)	10(+7)	12(+0)	16(+4)



- Daraus folgert die Studie für die
- CDU/CSU : Starke Verluste bei den Stammwählermilieus
 - SPD : Flaches Milieuprofil auf niedrigem Niveau
 - AfD : Protestwahl von unten in die Mitte der Gesellschaft
 - FDP : Erfolg durch Koalitionswähler und eine innovative Wahlkampagne
 - Linke : Mehr oben, weniger unten, und dann auch noch die AfD
 - Grüne : Mutig in gewohnten Bahnen

¹ Das Milieu der „Performer“ wird hier als die multi-optionale, effizienz-orientierte Leistungselite verstanden. Das Hedonistische Milieu bezeichnet die „spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mitte.“

1.2. Heinrich Böll Stiftung: Bundestagswahl 2017: Ergebnisse und Analysen¹

Die Böll Stiftung berichtet auf 22 Seiten über das Ergebnis der Bundestagswahl und analysiert „Wahlmotive und wahlentscheidende Themen“ (S. 11). Dabei hebt der Autor, Dr. Sebastian Bukow, zunächst regionale Unterschiede hervor, und zwar zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern einerseits und zwischen den Bundesländern insgesamt. Dabei fiel auf, dass die SPD im Osten mit 14,6% schlechter abgeschnitten hat als CDU, AfD und Linke. Verbände man diese regionale West-Ost-Verteilung mit den parteitypischen Wahlmotiven, so werde klar, „dass im Osten die Anteile an partei- und systemverdrossenen Protestwähler/innen höher sind als im Westen, da gerade AfD und Linke-Anhänger/innen überdurchschnittlich häufig diesem Wählertyp zuzuordnen sind.“ Natürlich sind die Ergebnisse der AfD besonders hervorzuheben: Erhielt die AfD und Hamburg 7,8%, so waren es in Sachsen 27%.

Wahlmotive und wahlentscheidende Themen

Zunächst sei zu unterscheiden, ob eine Partei aus Überzeugung (für eben diese Partei) oder aus Enttäuschung (mit Blick auf die anderen Parteien) gewählt wird. „Wie bereits bei den letzten Landtagswahlen hat sich die AfD als die Protestpartei etabliert: nur 31 Prozent haben aus Überzeugung, 61 Prozent hingegen aus Enttäuschung für die AfD gestimmt. Diese Enttäuschung verweist in Verbindung mit weiteren Befragungsdaten darauf, dass AfD-Wähler/innen eine starke Enttäuschung gegenüber der Demokratie insgesamt empfinden. So geben 80 Prozent der AfD-Anhänger/innen an, weniger bzw. gar nicht mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden zu sein. Dazu kommen eine starke Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung im Allgemeinen (93 Prozent weniger/gar nicht zufrieden), mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik im Besonderen (100 Prozent weniger/gar nicht zufrieden, S. 11).

Die politische Situation und damit verbunden die politisch relevanten Themen sind im Sommer 2017 - meint die Böll-Stiftung - vergleichsweise untypisch. „So bewerten zwar 84 Prozent der Wahlberechtigten die wirtschaftliche Lage positiv, dennoch fällt zeitgleich die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ambivalent aus (51 Prozent (sehr) zufrieden vs. 49 Prozent (sehr) unzufrieden). Die CDU wird dabei noch am besten (51 Prozent (sehr) zufrieden), die CSU am schlechtesten (39 Prozent (sehr) zufrieden) bewertet (Vorwahlbefragung). Diese Diskrepanz von wirtschaftlicher und politischer Zufriedenheit deutet darauf hin, dass ökonomische Themen in dieser Wahl keine zentrale Rolle spielen. Tatsächlich sind in dieser Wahl eine Vielzahl anderer Themen für die Wahlentscheidung relevant. Allen voran werden etwa Ende August bei der offenen Frage nach den zwei wichtigsten aktuellen Themen die Bereiche Flüchtlinge, Ausländer und Integration genannt (49 Prozent; FGW Politbarometer September 2017).

Diese Themenrelevanz ist ebenso wie die starke Polarisierung in diesem Themenfeld ein Novum und zeigt, wie es nicht zuletzt der AfD gelungen ist, dieses Thema in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu setzen, Deutungsmuster zu etablieren und darüber einen großen Mobilisierungseffekt zu erzielen. Dabei sieht die Mehrheit der Bundesbürger/innen in den Flüchtlingen zwar eine Bereicherung für das Leben in Deutschland (54 Prozent; Vorwahlbefragung), zugleich fühlt sich aber ein Teil der Bevölkerung von dieser Entwicklung bedroht. So teilen rund 46 Prozent die Sorge, dass der Einfluss des Islam in Deutschland «zu stark» werden könnte und dass zu viele Fremde nach Deutschland kämen (38 Prozent), was insgesamt einen Verlust der deutschen Sprache und Kultur zur Folge haben werde (38 Prozent; Vorwahlbefragung). Die vergleichsweise hohe Zustimmung zu diesen Fragen zeigt, dass das Framing der AfD hinsichtlich der migrationspolitischen Folgen Wirkung zeigt (S. 12).

Auffällig relevant ist im Sommer 2017 das Thema Umwelt- und Klimaschutz (46 Prozent «sehr wichtig», 43 Prozent «wichtig» für eigene Wahlentscheidung; Vorwahlbefragung). Diese Themenaktualität, verursacht u.a. durch den Diesel- bzw. Abgasskandal, die internationale Klimapolitik und massive Unwetter im Spätsommer, sollte den Grünen im Wahlkampf zugutekommen... S. 16: Wie die CDU verliert die SPD in allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen. Besonders hohe Verluste hat sie bei Männern von 35–59 Jahren, bei formal hoch Gebildeten und Beamten, wohingegen sie bei ihren traditionellen Wählergruppen noch etwas erfolgreicher ist (Wähler/innen 60+, Arbeiter/innen, Rentner/innen, formal niedrig Gebildete, wirtschaftlich Unzufriedene). Die Linke gewinnt bei jüngeren und formal höher gebildeten Wähler/innen leicht.

1.3. Konrad Adenauer Stiftung (kas). Bundestagswahl 2017- Wahlanalyse17

Die kas beschreibt auf 26 Seiten das Wahlergebnis und präsentiert u.a. folgende Interpretation: Das Bundestagswahlergebnis von 2017 zeige eine strukturelle Ähnlichkeit mit dem Wahlausgang von 2009. Am Ende der *Großen Koalition* 2009 mussten die Volksparteien bereits deutliche Verluste sowie ein historisch schlechtes Abschneiden hinnehmen. Davon profitierten die „kleineren Parteien“.

Dem Wahlerfolg der AfD 2017 ginge ein langjähriger Trend voraus. Eine Ursache für das Abschneiden von CDU und SPD läge „in der festen Überzeugung der Wähler, dass der Wahlsieger bereits feststehe. Die Siegeserwartungen hätten große Auswirkungen auf das Endergebnis. Mit dem Gefühl ausgestattet, das Rennen sei gelaufen und es ginge um nichts mehr, haben sich Wähler der Union und der SPD anders entschieden.“ In allen Referenzwerten habe sich ein deutlicher Vorsprung für die CDU bei Images und Kompetenzen gezeigt. Nach den Daten von Infratest dimap gelte Schulz gegenüber Merkel lediglich als bürgernäher.

Die Union habe auch eine klare Kompetenzführerschaft in der Lösung politischer Probleme. Je nach Fragestellung der Institute wichen die Ergebnisse im Detail voneinander ab, doch deuten sie in eine gleiche Richtung: Wirtschaft, Terrorismus, Innere Sicherheit, Flüchtlinge/Einwanderung, Außenpolitik, Arbeitsplätze, Steuern oder Bildung seien Themen, bei denen der Union die Lösung der Probleme zugetraut wird. Die SPD punkte bei der sozialen Gerechtigkeit und den Feldern Familienpolitik, angemessene Löhne sowie Pflegequalität. Die FDP weise Kompetenzen in der Wirtschafts- und Steuerpolitik auf, die Grünen in der Umweltpolitik. Die Linke habe wie die SPD Kompetenzen in der Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Lohnpolitik. Gemessen am Wähleranteil sei das Kompetenzprofil der AfD schwach ausgeprägt. In sehr geringem Umfang (unter 10 Prozent) wird ihre Kompetenz im Bereich Innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik verortet (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap). Vor dem Hintergrund der guten positiven Ausgangslage (84 Prozent beurteilen die wirtschaftliche Lage positiv; Infratest dimap) erkläre sich, warum die Sozialdemokratie mit dem Thema soziale Gerechtigkeit nicht punkten konnte. Selbst in der eigenen Anhängerschaft sagten 56 Prozent, es gehe in Deutschland eher gerecht zu. Nur eine Minderheit von 16 Prozent (18 Prozent der SPD-Anhänger) fühle sich eher benachteiligt. Lediglich bei der Verteilung des Wohlstandes erkennen die Befragten Defizite. **Mit dem Wahlkampfswertungspunkt soziale Gerechtigkeit treffe die SPD weder die Einstellungen der Bürger noch ihrer eigenen Anhängerschaft.**

Bei der Flüchtlingspolitik zeigten sich Ambivalenzen. Das Thema polarisiere innerhalb der Anhängerschaften der Parteien deutlich. Eine eher gute Bewertung der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel zeige sich in den Daten der Forschungsgruppe Wahlen. So sagen auch 59 Prozent, dass Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften könne. Die AfD-Anhänger bildeten in allen Einstellungsvariablen gegenüber den Anhängern aller anderen Parteien den Antipoden. Sie fühlten sich mehrheitlich von Kriminalität bedroht (71 Prozent AfD, alle: 39 Prozent) und sie sagten, sie hätten wegen der Flüchtlinge Nachteile (39 Prozent AfD, alle: 12 Prozent); (Forschungsgruppe Wahlen). 68 Prozent seien der Ansicht, dass es in Deutschland eher ungerecht zugehe (alle: 38 Prozent) und 42 Prozent fühlen sich benachteiligt (alle: 16 Prozent).

Die Wahl der AfD könne erneut als Protestwahl bezeichnet werden. Wie bei allen anderen Wahlen auch, wird sie überwiegend von Wählern unterstützt, die von einer anderen Partei enttäuscht sind. Auch die **Spitzenkandidaten spielten für die Wahlentscheidung keine Rolle**. Durch die mediale Berichterstattung sei das Thema Flüchtlinge in der Relevanz angestiegen, zum anderen wurde der AfD eine breite mediale Aufmerksamkeit zuteil.

Nach dem eigenen AfD-Strategiepapier, das darauf setzt, dass skandalisierende Äußerungen, welche die „political correctness“ durchbrechen, die größte Chance haben, in den Medien berichtet zu werden, kann man davon sprechen, dass die AfD-Strategie sich in den Medien niedergeschlagen hat. Geht man von den quantitativen Daten weg, zeigt sich in qualitativen Untersuchungen eine spezifische Einstellungsstruktur. Bei den hier Befragten wird Angst (auch vor Überfremdung), Verunsicherung, Kontrollverlust mit dem Gefühl gekoppelt „alles wird schlechter“. Daher kommen bei der Analyse Zweifel auf, heißt es in dem Papier, inwieweit themenbezogene Politik hier ansetzen kann, in einer Zeit, in der Deutschland auch nach objektiver Betrachtung und im Vergleich zu anderen Ländern eine Phase der Stabilität und Prosperität erlebt.

Nach diesen Ausführungen skizziert das Papier das Wahlergebnis in Zahlen (2) und stellt eine Wählerwanderungsbilanz (3) dar. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die **SPD** lediglich aus dem Nichtwählerlager Stimmen hinzugewinnen kann, an alle anderen Parteien gebe sie Wählerstimmen ab. Schließlich wird (4) Das Meinungsklima im Vorfeld der Wahl skizziert:

„Die medial vermittelte und die gemessene Stimmung in der Bevölkerung vor der Wahl weichen deutlich voneinander ab... In den Umfragedaten zeichnen sich die größten Unterschiede in den Zufriedenheits- und Angstwerten zwischen Union und AfD ab. Ihre Wählerschaften sind wie Antipoden. Einerseits eine zuversichtliche Unionsanhängerschaft, andererseits eine verunsicherte AfD-Anhängerschaft.“

1.4. Rosa Luxemburg Stiftung

Die großen Verlierer – heißt es in dem 22 Seiten umfassenden Papier - sind Union und SPD. Die FDP kehrt in den Bundestag zurück. Die AfD gehöre zu den eindeutigen Siegern des Wahlabends. In Sachsen wurde sie stärkste Partei. In den anderen ostdeutschen Flächenländern reichte es für Platz 2 hinter der Union. Die Grünen gehen stabil aus der Wahl hervor. DIE LINKE bleibt ebenfalls stabil.

Die Wahlbeteiligung ist erneut und deutlich gestiegen, was ein gestiegenes politisches Interesse der Bürgerinnen und Bürger spiegelt. Mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ – so zeige das Wahlergebnis - ließe sich die Wahl nicht gewinnen.

Die „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 habe am Umgang mit Flüchtlingen eine aufgestaute gesellschaftspolitische Richtungsdebatte aufbrechen lassen, die traditionelle Parteigrenzen durchbricht. Der Erfolg der AfD resultiere aus der unbeantworteten Verunsicherung über die Gestaltungskraft von demokratischer Politik und lasse sich nur begrenzt mit „Verlierern“ und „Abgehängten“ erklären. Das AfD-Motto laute: „Deutsche und Einheimische zuerst“.

In den Alltagsgesprächen der Bürgerinnen und Bürger waren politische Themen deutlich stärker vorhanden als bei früheren Wahlen. Die weit überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten schätze die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage als „gut/sehr gut“ ein. Die Hoffnung laute, dass es so bleibt. In diesem Klima hätten es Parteien, die offensiv für Veränderungen werben, alles andere als leicht. Das Sicherheitsgefühl und das Nationalbewusstsein nehme zu.

Dreiviertel repräsentativ Befragter möchten, dass ihre heutige Welt bewahrt bleibt, erwarten aber, dass es anders aber nicht besser kommen wird. Nur ein Sechstel erwartet, dass alles bleibe wie es ist. Jeder zehnte Befragte möchte Veränderungen, zweifle aber an der Durchsetzbarkeit. Die Menschen in Deutschland gingen von einem gesellschaftlichen Wandel aus. 90 Prozent der Menschen erwarteten Veränderungen zwischen dem Heute und der Zukunft. Insgesamt machten sich die Menschen auf große Veränderungen gefasst.

Erwerbstätige sehen, dass sich die Arbeitswelt seit den 90er Jahren immer weiter von einem wünschenswerten Zustand entfernt habe. Für die Hälfte der Erwerbstätigen habe sich die Qualität der Arbeitswelt gegen den Zustand vor 20, 30, Jahren erheblich verschlechtert. Weitere Verschlechterungen würden befürchtet.

Positive Veränderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft erwarte nur eine Minderheit. Von den politischen Parteien erwarte man mangelnde Gestaltungskraft bzw. fehlenden Gestaltungswillen gegenüber den sich beschleunigenden Veränderungen „der Welt“. Die Grundstimmung schwanke zwischen weitgehender Zufriedenheit mit der aktuellen Situation und einer ausgeprägten Skepsis in Bezug auf die künftige Entwicklung.

Zusammenfassung: Uwe Buchholtz

Strukturelle Merkmale der Wahlberechtigten nach Parteipräferenz 2016²

Stellung im Beruf	CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke	FDP	Nichtwähler	Insgesamt
Arbeiter	16	17	9	34	22	11	39	19
Angestellte	63	68	72	46	66	70	47	64
Beamte	9	8	10	6	6	4	3	7
Selbständige	12	7	9	14	7	15	11	10

² DIW Wochenbericht Nr. 29.2017, S. 598

1.5. BRUEGEL Brussels European and Global Economic Laboratory

Der Internationale Think-Tank Bruegel erläutert, was die Wähler veranlasst hat für die rechte AfD zu stimmen. (*What has driven the votes for the German right-wing Alternative für Deutschland*)³

In dem Blog haben die Autoren die Bedeutung von sieben Faktoren für den Wahlerfolg der AfD in einer Regressionsanalyse untersucht: demographische Besonderheiten, Bildungsstand, Religion, Präsenz von Ausländern, ökonomische Faktoren (Arbeitslosigkeit/Einkommen) und regionale Charakteristiken. Die Regressionsanalyse ermöglicht es, jeweils die Wirkung aller anderen Faktoren heraus zu rechnen und nur das Gewicht eines einzelnen Faktors zu bestimmen.

Die Ergebnisse:

- Der Unterschied von Ostdeutschland und Westdeutschland ist am gewichtigsten.
„Wenn man genauer hinsieht, dann beruht der strukturelle Unterschied im Wählerverhalten auf dem Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland... Alles in allem legt unsere Analyse den Schluss nahe, dass Deutschland ein politisch geteiltes Land bleibt.“ (Übers. D.U.)
- Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte sind eher AfD-affin.
- Mehr ältere Wähler bedeuten mehr AfD-Wähler.
- Ein höherer Anteil von Ausländern im Wahlkreis steigert die AfD-Stimmanteile. Die Autoren verweisen darauf hin, dass dieses Ergebnis erstaunlich ist, weil es den oberflächlichen Analysen – wie sie häufig durchgeführt wurden – widerspricht.
- Drei Faktoren wirken nachweisbar negativ auf die AfD-Wahlergebnisse: Mitgliedschaft in den Kirchen, höherer Bildungsstand und höheres Familieneinkommen.

Sollte sich dieses Ergebnis erhärten und vertiefen lassen, wäre die Frage zu stellen: Erleben wir in Ostdeutschland einen ähnlichen Effekt, wie ihn Arlie Hochschild für die Tea-Party-Anhänger nachweisen konnte?

Hochschild stellt dar, dass die enttäuschten Aufstiegserwartungen des american dream („Vom Tellerwäscher zum Millionär“) in Wut und Ablehnung des politischen Systems umschlagen können. Das auslösende Moment ist die reale oder eingebildete „Erfahrung“, dass andere von „der Politik“ vorgezogen werden und dass damit die eigenen Anstrengungen um sozialen Aufstieg sinnlos gemacht wird.⁴

Zusammenfassung: Detlef Umbach, 21.11.17

Strukturelle Merkmale der Wahlberechtigten nach Parteipräferenz 2016⁵

Region	CDU/CSU	SPD	Grüne	AfD	Linke	FDP	Nichtwähler	Insgesamt
Westdeutschland	85	85	89	71	59	90	74	81
Ostdeutschland	15	15	11	29	41	10	27	19

³ Alexander Roth & Guntram B. Wolf: www.bruegel.org 5.10.17, Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory)

⁴ Arlie Russell Hochschild: *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Campus Verlag

⁵ DIW Wochenbericht Nr. 29.2017, S. 598

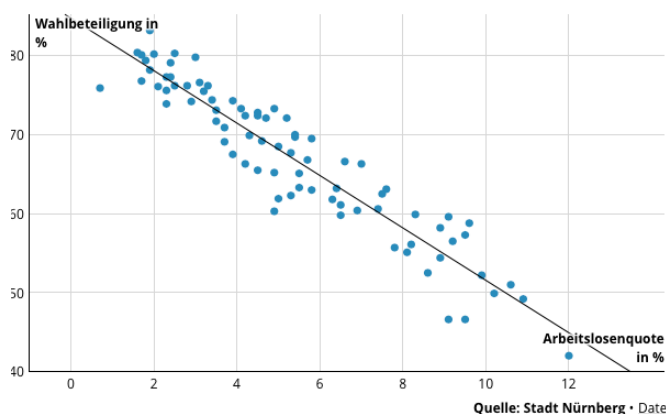
1.6. Bayerischer Rundfunk

Der Bayerische Rundfunk titelt: **Sag mir, wo du wohnst, und ich sag dir, ob du wählst!**

Die Diskussion um die problematischen Wahlergebnisse für unsere Partei und auch die Einbußen der CDU bei der Bundestagswahl haben in den Hintergrund gedrängt, dass auch die CSU die niedrigste Stimmenzahl seit 1949 eingefahren hat. In der *Frankenschau Aktuell* analysiert der Bayerische Rundfunk die Ergebnisse und kommt zu einigen wesentlichen Erkenntnissen: Je höher die Arbeitslosigkeit in einem Viertel, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung.⁶

Oder allgemeiner formuliert, je „benachteiligter“ ein Stadtteil, umso niedriger die Wahlbeteiligung. Das belegt der BR mit einer Skizze, die den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosenquote veranschaulichen.

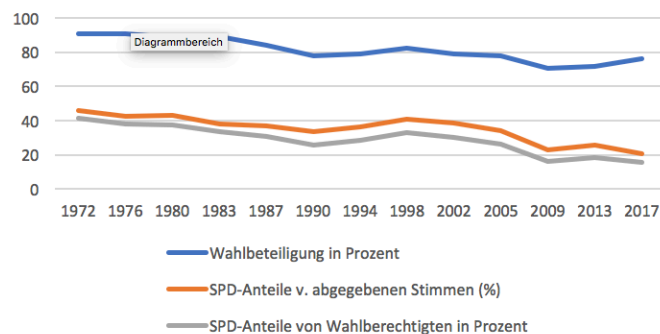
Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit in Nürnberg (2013)



Je näher die Punkte an der Trendlinie liegen, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit.

Der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung sozialer Zusammensetzung der Bevölkerung lässt sich auch seit Jahren immer wieder in Hamburg belegen. In **Hamburg** variierte die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl zwischen unter 60 und knapp 90 Prozent. Besonders **niedrig** war die Beteiligung in Billbrook mit 50,5%, in Jenfeld mit 58,3%, in Rothenburgsort mit 58,7% und in Billstedt mit 59,4%. Besonders **hoch** war die Beteiligung in Wohldorf-Ohlstedt mit 89,5%, in Nienstedten mit 89,4%, in Groß-Flottbek mit 88,9% und in Blankenese mit 88,1%. Dabei holte die SPD in den Vierteln, die heute eine niedrige Wahlbeteiligung aufweisen, traditionell besonders gute Ergebnisse. Auch jetzt schneidet die SPD noch relativ gut ab; gleichzeitig aber holt dort die AfD ihre besten Ergebnisse. Die nachfolgende Grafik zeigt den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ergebnisse der Volksparteien. Erst ab 2013 steigt diese wieder, wobei die AfD gerade in den prekären Gebieten die größten Erfolge erzielt hat. Es geht also darum, besonders in diesen Vierteln nicht nur die Wahlbeteiligung weiter zu steigern sondern dort insbesondere AfD-Wähler zurück zu holen.

Wahlbeteiligung 1972-2017



⁶ www.br.de/bundestagswahl/nichtwaehler-nuernberg

1.8 Erste Einschätzung der Wahlergebnisse durch Martin Schulz

Martin Schulz: Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn

Auf 16 Seiten beschreibt Martin Schulz, „wie wir diese Erneuerung in den nächsten Jahren erreichen wollen.“ Das Papier ist in 4 Abschnitte unterteilt: 1. Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik; 2. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl; 3. Die SPD nimmt die Herausforderungen an; und 4. Die organisatorische Erneuerung. An dieser Stelle wollen wir nur kurz auf seine erste Interpretation des Wahlergebnisses eingehen:

....

II. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017

Für unseren Neuaufbruch – schreibt Martin – ist eine tiefe und ehrliche Analyse der Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre notwendig. Die Wahlen hätten erneut bestätigt, dass die langfristige Wählerbindung der Volksparteien abnimmt und Wechselwähler zunehmen. Die SPD erreicht in nahezu allen sozialen Milieus gleich schlechte Zweitstimmenergebnisse.

Die SPD habe „ein Zutrauens- und ein Wahrnehmungsproblem: So wurden die sozialen Erfolge der Großen Koalitionen nicht mit der SPD verbunden. Dramatischer noch: Die SPD hätte sich zu wenig um gerechten Wohlstand gekümmert, bescheinige uns eine Mehrheit in der Bevölkerung. Zudem rangierten neben der Flüchtlingsfrage sozialdemokratische Kernanliegen wie soziale Gerechtigkeit, sichere Renten, gute Bildung und gerechte Löhne zwar regelmäßig ganz oben im Ranking der wichtigsten Wahlmotive. Dies führte allerdings nicht zu einem Kreuz bei der SPD, weil uns entweder nicht geglaubt oder keine Lösung zugetraut wurde, die umsetzbar sei. Die SPD verfüge immer weniger über Stammwählermilieus. Das beeinflusse auch unsere Programmatik – die SPD besitzt Lösungsansätze für letztendlich alle Politikbereiche, es fehle jedoch die übergeordnete programmatische Klammer. Daraus folgt, „dass die SPD zwar bei vielen Themen präsent ist, aber bei keinem Thema mehr wirklich prägend... Der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD haben diese Wahl verloren.“

III. Die SPD nimmt die Herausforderungen an

Der Prozess #SPDerneuern brauche Zeit. Am Ende aber solle er die Voraussetzung schaffen, auch im Bund wieder Mehrheiten bei Wahlen gewinnen zu können. Die SPD nehme die politische Verantwortung als Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag an. Dazu brauche es eine deutlich bessere Abstimmung von Partei und allen sozialdemokratischen Funktionsträgern.

2. Bilanz der Regierungsarbeit 2013 – 2017

Will man die Regierungsarbeit zwischen 2013 – 2017 bewerten, hat man die Möglichkeit einen Vergleich anzustellen zwischen der Koalitionsvereinbarung 2013 und den entsprechend verabschiedeten Gesetzen und der realen Lage der Bevölkerung oder zwischen dem Wahlprogramm der SPD von 2013 und den verabschiedeten Gesetzen. Der erste Vergleich liegt bereits mit dem Papier „Gesagt – Getan“ des Bundes PV vor, wir müssen hier nichts wiederholen. Den zweiten Vergleich wollen wir mittels einer Tabelle vornehmen unter den Gesichtspunkten: Wahlversprechen, eingelöst, kein Hinweis in *Gesagt - Getan*, Hinweis in *Gesagt – Getan*.

Ziel im Wahlprogramm 2013	Ziel eingelöst	Bemerkung in der Bilanz „Gesagt – Getan“
Anstrengungen müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen (S. 12)	Fehlanzeige	
Kein Finanzprodukt darf in Zukunft unreguliert sein. (S. 13)		<i>Kopplungsgeschäfte von Kreditverträgen mit Finanzprodukten wurden eingeschränkt</i>
Soziale Nachhaltigkeit; Bekämpfung von Armut (S. 14)	Fehlanzeige	<i>Um Kinderarmut zu bekämpfen, werden wir die Situation von Alleinerziehenden verbessern</i>
Begrenzung von Managergehältern und Boni (S. 14)	Fehlanzeige	
Transaktionssteuer (S. 15)	Fehlanzeige	Außerdem setzen wir uns weiter für eine europäische Finanztransaktionssteuer ein.
Trennung von Investment- und Geschäftsbanken (S. 16)	Fehlanzeige	
Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten (S. 18)	Fehlanzeige	
Einführung des Mindestlohns in Höhe von mindestens 8,50 Euro	Erfolg!	
Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen (S. 21)	Fehlanzeige	
EU-Zinsrichtlinie = Standard (25)	Fehlanzeige	
Ausbau der Erneuerbaren Energien: 40/45% durch Strom bis 2020		<i>Mit der Reform des EEG haben wir einen ersten Schritt zu mehr Planbarkeit in der Energiewende umgesetzt</i>
Rechtsanspruch auf Kitaplatz (S.43)	Weitgehend Erfolg!	
Menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU (S. 60)		<i>Deutschland wird seiner humanitären und rechtlichen Verantwortung gerecht, Menschen eine Zuflucht vor Krieg und Verfolgung zu geben</i>
Abgeltungssteuer erhöhen	Fehlanzeige	
Verjährungsfristen für Steuerbetrug anpassen (S. 70)		Mit mehreren Gesetzen unterstützen wir den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug
Rentenniveau aufrechterhalten (S. 80)	Fehlanzeige	
Abrüstung (S. 110)		Wir stehen für eine Außen- und Sicherheitspolitik, die vorsorgend in die Stabilität fragiler Staaten investiert und dafür alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzt: von diplomatischer Vermittlung über zivile Krisenprävention, Engagement für Abrüstung bis hin zu humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und auch einem verantwortungsvollen Einsatz der Bundeswehr.

Aus der Gegenüberstellung der Forderungen unseres Wahlprogramms 2013 mit den von der SPD in der Großen Koalition durchgesetzten und erreichten Maßnahmen wird deutlich, warum auch treue Wähler bei der letzten Bundestagswahl zu Hause geblieben sind oder uns nicht gewählt haben.

3. Konsequenzen und Forderungen

Unabhängig davon, ob sich die SPD für eine erneute Große Koalition oder für eine andere Rolle im parlamentarischen Kräftespiel entscheidet, halten wir mit unserem Bundesvorsitzenden Martin Schulz und dem Bundesvorstand eine inhaltliche Klärung und Neupositionierung unserer Partei für erforderlich.

Wenn man sagt, dass man Wahlen nur in der Mitte gewinnen kann, dann muss man dazu sagen, was die Mitte ausmacht und dass sie nicht unveränderbar ist. **Sozialdemokraten müssen heute wieder ein gehöriges Stück radikaler und vor allem deutlicher werden, wenn sie Wähler erreichen wollen.** Das Problem der SPD ist ihre Mut- und Orientierungslosigkeit und sie hat den Mitte der Siebzigerjahre aufkommenden Neoliberalismus nicht nur nicht infrage gestellt, sondern mit der Agenda 2010 - dem Zeitgeist durchaus entsprechend - in Deutschland auch noch einen letzten Schub verliehen. Wenn die Sozialdemokratie Vertrauen (zurück-) gewinnen will, müssen die Wähler ihr zutrauen, die innen- und außenpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu verstehen und die beste, die stärkste Antwort zu haben.

- In einer globalisierten Welt, die sich weitgehend dem persönlichen Einfluss zu entziehen scheint und das Gefühl des Ausgeliefertseins fördert, muss die SPD einen Weg finden, der dem Bürger das Gefühl von Sicherheit bietet und ihn befähigt, sich einzusetzen, für sich, seine Kommune und ein Leben in Gemeinschaft. Die Leerung des ländlichen Raumes und der verstärkte Zuzug in die Ballungsräume (die dort eigene Probleme verursacht) ist Zeichen für eine falsche Entwicklung, z.B. bei Versorgung mit Nahverkehr, Breitbandausbau, Ärzten, Sparkassen und Einzelhandel. Die kommunale Situation (Aufgaben und Finanzmittel) muss daher in allen erforderlichen Kompetenzen gestärkt werden, um auch selbst im Sinne ihrer Bürger initiativ werden zu können.
- Deutschland ist ohne Europa kein ernstzunehmender Faktor in allen globalen Fragen. Europa ist darum zu stärken, z.B. durch die Festlegung einer vernünftigen Trennung zwischen nationalstaatlichen und europäischen Aufgaben, die Entwicklung und Einführung einer gemeinsamen Sozialunion, die Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), eine gemeinsame Finanz- und Steuerpolitik.
- Fragt man nach den größten Problemen für Deutschland, steht die innere Sicherheit eindeutig im Vordergrund. Diesen Sorgen muss die SPD aber anders als die anderen Parteien entgegenzutreten, wenn sie den Spagat zwischen Erneuerung, Freiheit und Schutz bewältigen will: durch die Wiederbelebung der tragenden Elemente der Ostpolitik Egon Bahrs („Wandel durch Annäherung“), eine Afrika-Offensive mit einer neu aufgesetzten fairen Handelspolitik, der Vereinbarung von Fördergrundsätzen mit Menschenrechtsaspekten als Grundlage für Entwicklungspolitik sowie der Einflussnahme auf die Verwaltung und Ausschüttung der Mittel (wie das „Troika-Verfahren“ für Griechenland) und der Gründung einer Europäisch-Afrikanischen Entwicklungsbank (wie EIB oder KfW).
- Eine neue **wirtschaftspolitische Agenda** muss die wirtschaftliche Sicherheit in Zukunft gewährleisten - **als Kern aller Bemühungen** („It's the economy, stupid!“). Der Neoliberalismus steht den Zielen linker Parteien diametral entgegen. In dieser Frage entscheidet sich künftig das Schicksal der SPD. Wenn sie von Gerechtigkeit sprach, hat sie hat zu keinem Zeitpunkt die **Veränderung** dieser Auswirkungen gemeint, sondern nur deren Reparatur. Die SPD muss beantworten, wie dem demokratischen Willen und dem Primat der Politik auch in der Wirtschaft Geltung verschafft werden kann.

Die soziale Frage ist in Deutschland keineswegs gelöst. Durch die gescheiterten Versuche sowohl der nachfrage- wie der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, dauerhaftes Wachstum und Wohlstand für alle herzustellen, sind beide Formen überholt: Sie können keine Antworten auf die aktuelle Situation geben, die neben einer sichtbaren Verteilungsgerechtigkeit in den Industriestaaten zusätzlich durch fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft gekennzeichnet ist.

Darauf muss die SPD eine Antwort finden: Was bedeutet unter diesen neuen Bedingungen eigentlich Gerechtigkeit und wie kann man den Sozialstaat, einst entwickelt für die Ära der Industrialisierung, so umbauen, dass er in der Ära der Digitalisierung fundamentale ökonomische Unwägbarkeiten auch künftig noch absichern kann?

In unserer Arbeitsgruppe wurde daher ein Katalog von 24 Forderungen erarbeitet, die wir für unverzichtbar halten, um der SPD wieder ein markantes politisches Profil zu geben, das es weiten Teilen der politisch interessierten Wahl-Bürger ermöglicht, sich mit den so formulierten Zielen zu identifizieren und der SPD ihre Stimme zu geben. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Katalog nicht abschließend ist.

3.1. Steuerpolitik

1. Heute besitzen zehn Prozent der Menschen in Deutschland rd. 60% der Vermögen. Ohne Korrekturen bei der Vermögensbesteuerung wird der Vermögensanteil bis 2060 auf über 90% anwachsen, während die Mittelschicht immer mehr schrumpft. Das bedeutet eine Gefahr für Gesellschaft und Demokratie. Daher ist eine Besteuerung der Vermögen durchzuführen durch
 - eine Kapitalertragsteuer, die wieder mit dem persönlichen Steuersatz erhoben wird,
 - eine Erbschaftsteuer in Höhe von 30% bereits ab einer Vermögenhöhe von 10 Mio.€ mit korrigierter Verschonung der Betriebsvermögen, um den Bedenken der obersten Gerichte Rechnung zu tragen. *(Das BVerfG hatte vor der Reform von 2016 festgestellt, dass die Privilegierung betrieblichen Vermögens ohne eine Bedürfnisprüfung unverhältnismäßig sei, soweit sie über den Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen hinausgreift. Ebenfalls unverhältnismäßig sei die Freistellung von Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten von der Einhaltung einer Mindestlohnsumme und die Verschonung betrieblichen Vermögens mit einem Verwaltungsvermögensanteil. Im September 2012 vertrat der Bundesfinanzhof in einem Urteil die Auffassung, dass das geltende Erbschaft-steuer- und Schenkungsgesetz in seiner nicht an die Erhaltung von Arbeitsplätzen gebundenen Begünstigung von Betriebsvermögen, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften gegen den allgemeinen Gleichheitssatz verstoße und daher im Kern verfassungswidrig sei.)*
 - sowie die Wiedereinführung einer Vermögensteuer von 0,5% p.a. auf alle Vermögensarten bei zeitnahe Bewertung von Immobilienvermögen auf der Grundlage von Ertrags- und Bodenrichtwerten
 - unter Berücksichtigung hoher Freibeträge für untere und mittlere Vermögen, so dass nur die obersten zehn Prozent der Vermögensbesitzer betroffen sind.
2. Senkung der Mehrwertsteuer und Anpassung des Katalogs der begünstigten Steuersätze auf alle Dinge der täglichen Grundversorgung sowie Senkung der Energiesteuer für private Konsumenten.
3. Korrekturen bei der Einkommensteuer durch Erhöhung der Grundfreibeträge und Abschmelzen des Soli bei gleichzeitigem Ausgleich durch entsprechende Anhebung des Spitzensteuersatzes.
4. Eine Senkung der Sozialabgaben sollte ebenfalls aus mehreren Komponenten bestehen:
 - Die Beitragsbemessungsgrenze sollte heraufgesetzt und im gleichen Umfang, wie dadurch Mehreinnahmen erzielt werden, sollte der Beitragssatz gesenkt werden. Dadurch werden die unteren Einkommen entlastet.
 - Die Wiedereinführung der paritätischen Beitragszahlung sollte im ersten Schritt erfolgen; im zweiten Schritt wäre dann zu prüfen, ob ein höherer Arbeitsgeber-Anteil verfassungskonform ist und dieser sollte dann eingeführt werden.
5. Hinwirken auf eine einheitliche europäische Steuerpolitik mit Mindeststeuersätzen und einer Besteuerung der Gewinne, wo sie entstehen.

3.2. Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik

6. Bei einer nicht mehr umkehrbaren Globalisierung wird ein gerechter, fairer und besser geregelter Welt-handel ein wichtiges Korrektiv sein. Dies ist zu verbinden mit Antworten auf den digitalen Wandel. Dafür sind Maßstäbe für faire Handelsabkommen zu entwickeln, die allgemein gültig sind, insbesondere auch für die Abkommen mit Entwicklungsländern, und nicht nur für die Industrie, sondern auch für den Dienstleistungssektor.
7. Einführung einer Finanztransaktionssteuer im europäischen Rahmen auf alle Produkte einschließlich Derivate
8. Gründung einer europäischen Finanzaufsichtsbehörde mit exekutiven Befugnissen
9. Gemeinsames Schuldenmanagement für den Euro-Raum, wie vom Sachverständigenrat vorgeschlagen (Jahresgutachten 2011/12 „Verantwortung für Europa wahrnehmen“ S. 4ff. Ziff. 9-15)
10. Definition eines konkreten Katalogs kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge und Übertragung dafür erforderlicher Mittel aus Bundes- und Länderhaushalten; regelmäßiger Bericht über Stand und Anpassungsbedarf durch die Bundesregierung und Abschöpfung von Spekulationsgewinnen aus dem Verkehr mit (baureifen) Grundstücken zu Gunsten der Kommunen / Länder."

3.3. Arbeitsmarktpolitik

11. Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sichern und auf alle Branchen ausdehnen; ein Unternehmen > ein Tarifvertrag
12. Investitionen in Weiterbildung und lebenslanges Lernen durch einen staatlichen Fonds mit Beteiligung der Arbeitgeber, die von den gut und aktuell ausgebildeten Mitarbeitern profitieren
13. Bereitstellung von staatlichem Risikokapital oder Absicherung privaten Risikokapitals durch eine staatliche Zukunftsinvestitionsbank; Auflegung von Förderprogrammen für Startups
14. Intensivierung der Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit:
 - Abschlussorientierte Qualifizierung hat Vorrang vor schneller Vermittlung
 - Reduzierung der Fallzahlen der Vermittler
 - Ausgebildete Coaches für die Zeit vor und nach der Eingliederung
 - Wiederbelebung der Förderung der beruflichen Selbständigkeit („Ich-AG“) als Brücke zur Beschäftigung und als Maßnahme für Flüchtlinge, die länger hier leben werden, damit sie ihre Kompetenzen auch ohne beruflichen Abschluss in den Arbeitsmarkt einbringen können.
 - Aufbau eines strukturierten sozialen Arbeitsmarktes für Menschen, bei denen eine Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Damit soll für einen längeren Zeitraum öffentlich geförderte bzw. bezahlte Beschäftigung gewährleistet werden, die auch einen Übergang ermöglicht.
15. Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild

3.4. Sozialpolitik

16. Einführung einer Bürgerversicherung
17. 19 Mio. Bürger zahlen keine Steuern. Sie sind von der Möglichkeit ausgeschlossen, vermögenswirksame Leistungen geltend zu machen. Daher sollte in geeigneter Weise die Ausdehnung der Ansparung vermögenswirksamer Leistungen auf nicht einkommensteuerpflichtige Gruppen erfolgen, z.B. durch gleich hohe Zuschüsse zu Sozialversicherungsbeiträgen
18. Ausbau und Erhöhung von Mindestlohn und Mindestrente als Schutzfunktion vor Armut
19. Soweit bei Transferleistungen eine Anrechnung erfolgt, soll die Anrechnung von bereits erspartem Vermögen deutlich reduziert, Regelsätze für Kinder und Jugendliche deutlich erhöht werden.
20. Aufstockung von Wohngeld und Kindergeld
21. Umfangreichere Investitionen in Bildung und Pflege sowie Unterstützung im Alter

3.5. Digitalisierung

22. Schaffung arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen und Normen für Zeit- und Ortssouveränität, zur Ermöglichung von Pausen vom Digitalen
23. Anpassung der Alterssicherungssysteme auf die Berufsbedingungen („Job-Hopping“, „Cherry-Picking“, Auszeiten für Aus- und Fortbildung, total flexible Arbeitszeiten mit Verschmelzung von privatem und beruflichem Leben, Entrepreneurship)
24. Ausrichtung der Ausbildung auf die neuen Berufe: z.B. Förderung von Selbstmanagement, nichtlinearem Denken (in Wechselwirkungen), Kreativität, Wissensmanagement und sozialer Kompetenz